

Bocholter-Borkener Volksblatt

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt. Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern des Kreises Borken. Organ der Zentrumspartei. Rheder Volkszeitung. Geschäftsstelle: Bocholt, Nobelstr. 6. Fernsprecher 22 und 27. Verlagsort: Münster (W.M.) 2. Anhalt-Melburger Zeitung.

Nr. 175

Sonntag, den 28. Juni

1925

Beginn der Räumung des Ruhrgebiets.

Tagesfragen.

Der Beschluß der Reichsregierung, die Verhandlungen mit den Alliierten über die Sicherheitsfrage aufzunehmen, bedeutet zweifellos ein Entgegenkommen gegenüber den Vorschlägen der französischen Regierung. Wenn die Reichsregierung trotz der schwerwiegenden Bedenken, auf die wir mehrfach hingewiesen haben, einstimmig den Beschluß gefaßt hat, die Verhandlungen aufzunehmen, so beweist sie damit den aufrichtigen Willen, diese schwierige Frage, wenn irgend möglich, zu einem Abschluß zu bringen, sie jedenfalls nicht durch eigenes Verschulden von vornherein scheitern zu lassen. Dieser einstimmige Beschluß des Reichskabinetts ist um so beachtenswerter, als seit einiger Zeit von deutschnationaler Seite immer versucht worden ist, die Reichsregierung zu einer Ablehnung von vornherein zu drängen. Bis in die letzten Tage hinein hat ein Teil der deutschnationalen Presse versucht, den Eindruck bei ihren Lesern hervorzurufen, als ob die Reichsregierung entschlossen sei, alle weiteren Verhandlungen abzulehnen. Wenn auch die deutschnationalen Mitglieder der Reichsregierung den Beschluß des Kabinetts, der ja einstweilen noch zu nichts verpflichtet, mitgemacht haben, so ist das jedenfalls ein Beweis dafür, daß der besonnenere Teil der Deutschnationalen bereit ist, an der Verwirklichung des Sicherheitsproblems mitzuarbeiten. Auf der anderen Seite aber ist die Stellungnahme eines Teiles der deutschnationalen Presse ein Beweis für die Richtigkeit unserer Behauptung, daß bei einem großen Teile der deutschnationalen Presse die Unklarheit und Lösung der Sicherheitsfrage schärfstem Widerstande begegnet. Und nicht allein bei der Presse, sondern auch in Versammlungen der Partei. Noch gestern hat die „Deutsche Ztg.“ unter der Überschrift: „Fort mit Stresemann!“ die Meldung veröffentlicht, daß die deutsch-nationalen Vorstände der Landesverbände Hamburg, Hannover-Ost, Osnabrück, Oldenburg und Bremen einstimmig eine Entschließung gefaßt haben, in der sie erneut feststellen, daß das unerhörte Angebot des Reichsaußenministers Stresemann ohne Einverständnis des Reichskabinetts im Gegensatz zu der deutschnationalen Auffassung und ohne vorheriges Wissen der deutschnationalen Regierungsvertreter erfolgt sei, und daß die Landesverbände es für selbstverständlich halten, daß der Reichsaußenminister Dr. Stresemann die fortgesetzten Mißerfolge für seine Person buche. Es wird in erster Linie Sache der deutschnationalen Führer sein, innerhalb der eigenen Partei in dieser Frage Einigkeit herzustellen. Andernfalls besteht die Gefahr, daß die deutschnationalen Mitglieder der Reichsregierung nicht frei in ihren Entscheidungen sein werden. Deshalb ist zu dem Beschluß der Reichsregierung noch zu bemerken, daß dieser Entschluß in keiner Weise den schwebenden Verhandlungen vorgeht, da die über den Beschluß des Reichskabinetts gefasste Veröffentlichung davon absieht, zu der sachlichen Form des Sicherheitsproblems Stellung zu nehmen. Das ist zweifellos richtig, denn eine vorzeitige Betonung der vorhandenen Schwierigkeiten würde kaum dazu angetan sein, den Beginn von Verhandlungen zu fördern. Sobald diese ihren Anfang nehmen, wird es Aufgabe der französischen Regierung sein, zu zeigen, daß sie zu dem nötigen Entgegenkommen bereit und somit zu einer Lösung der Sicherheitsfrage ernstlich gewillt ist.

*

Der militärische Staatsstreik in Griechenland, der von den Offizieren der Garnison in Saloniki in offenkundiger Uebereinstimmung mit anderen Garnisonen und wenigstens einem größeren Teil der Flotte ausgegangen ist, darf als vollständig gelungen gelten. Ueber die Ursachen, die zum Staatsstreik führten, verläutet, die Offiziere seien der Ansicht, daß das Kabinett Michalakopoulos sich nicht genügend um die Reorganisation des Heeres gekümmert habe, ebenso nicht um die Entwicklung der Wirtschaft, weshalb seine Außenpolitik der Geschicklichkeit ermangelte und nur zu Mißerfolgen geführt habe, namentlich in Serbien und der Türkei. Die Offiziere machten der gestürzten Regierung ferner zum Vorwurf, daß sie ausländischen Kapitalisten zu große Zugeständnisse gemacht und damit Griechenland finanziell von Ausländern abhängig gemacht habe. Der ganze Umsturz ist ohne Blutvergießen und ohne Bombenwirkung erfolgt. Sein Organisator Pangalos erließ eine Proklamation, in der er ausführlich es sei die Zeit da, in der die Staaten sich erheben. Griechenland werde, wie viele andere Staaten, heute seine Geschichte in die eigene Hand nehmen und die zukünftige griechische Regierung werde nichts unversucht lassen, um dem Lande eine ehrenvolle Verwaltung, eine geordnete Zukunft und Sicherheit des öffentlichen Lebens für jedermann zu gewährleisten. Diefelben Versprechungen hat das griechische Volk auch von den Militärs, die sich vordem der Regierung bemächtigt hatten, gehört. Es hat daher allen Grund in Skepsis abzuwarten, ob der jetzt an die Spitze der Regierung getretene General Pangalos diese Versprechungen wahr machen wird. Möglicherweise kommt vorher schon wieder ein neuer Putsch, der einen anderen General mit denselben Absichten

an die Spitze bringt. Seit der Vertreibung der früheren Dynastie ist bekanntlich die Wiederkehr solcher Putsche in Griechenland so häufigen ein in gewissen Zeitabschnitten regelmäßig eintretender Vorgang geworden.

Räumung in vier Etappen.

tu. Düsseldorf, 27. Juni. (Tel.) Wie die Telegraphen-Union an zuständiger Stelle erzählt, hat die Räumung des besetzten Gebietes bereits begonnen. An der nördlichen Besetzungsgrenze sind kleinere Truppenabteilungen aus ihren Quartieren abgerückt.

tu. Düsseldorf, 27. Juni. (Tel.) Heute vormittag 8 Uhr 37 Min. fuhr Marschall Petain wieder von Düsseldorf ab. Es verlautet, daß seine Anwesenheit im Ruhrgebiet vollständige Klarheit über die Methode der Räumung gebracht hat. Die Zurückziehung der Truppen erfolgt etappenweise. Zunächst soll die Bochumer, dann die Essener, danach die Mühlheimer und zuletzt die Duisburger-Ruhrorter und Düsseldorf-Jone geräumt werden.

Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen.

w. Paris, 27. Juni. (Tel.) Der Handelsminister Chaumet empfing gestern abend die Vertreter der französischen Presse. Er hat ihnen mitgeteilt, daß er Einzelheiten über den Stand der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen nicht mitteilen könne; daß er aber feststellen müsse, daß die französische Regierung für den Abschluß eines provisorischen Handelsvertrages das größtmögliche Entgegenkommen gezeigt habe. Weiter könne man nicht gehen, ohne die französischen Interessen zu opfern. Man habe Deutschland mitgeteilt, welches die endgültigen Bedingungen seien. Man habe Maximalkonzessionen und Mindestforderungen aufgestellt. Diese Unterlagen habe man der deutschen Delegation schriftlich mitgeteilt und heute nunmehr die Antwort darauf erhalten. Handelsminister Chaumet fuhr fort: Sie müssen wissen, daß die deutschen Unterhändler unsere Vorschläge als unannehmbar erklärten. Wir haben ihnen alsdann gesagt, daß es leicht sei, diese Stellung einzunehmen. Wir haben verlangt, daß sie uns schriftlich ihre endgültigen Vorschläge unterbreiten. Die heute erhaltene Antwort enthält nur neue Forderungen, aber sie präzisiert nicht die letzten Konzessionen Deutschlands. Wir haben desgleichen beschlossen, diese schriftlich zu verlangen. Wir können hoffen, daß es möglich ist, vor den Kammerferien zu einem Ergebnis zu kommen, wenn die deutsche Delegation den gleichen guten Willen in die Verhandlungen mitbringt wie die französische Delegation.

Zu diesem Communiqué erzählt der Vertreter des Pariser W. T. B. von zuständiger Stelle offen, die deutsche Auffassung über ein Wirtschaftsabkommen stimme im wesentlichen mit dem Minister Chaumet überein. Ebenso wie auf französischer Seite ist auch auf deutscher Seite das Ziel, zu einem Abkommen zu gelangen, das den Ausgleich des Warenverkehrs wiederherstellt. Die Meinungsverschiedenheiten auf tariflichem Gebiete brechen sich aber gerade um die Frage, wie dieser Ausgleich hergestellt werden kann. Staatssekretär Trendelenburg hat Minister Chaumet am 17. Juni ein Programm entworfen, das sich auf die deutschen Zugeständnisse für die noch im Streik befindlichen hauptsächlichsten Waren des französischen Ausfuhrinteresses bezog, und in der Zwischenzeit dem französischen Minister entsprechend die deutschen Forderungen für die deutsche Einfuhr auch noch schriftlich präzisiert. Die deutsche Delegation ist der Ueberszeugung, daß durch diese ihre Vorschläge das Gleichgewicht hergestellt ist. Die französische Antwort auf die deutschen Forderungen, die am 26. Juni überreicht sind, wird für die nächsten Tage erwartet. Außer das Tarifgebiet betreffenden Fragen bestehen Meinungsverschiedenheiten auch noch auf anderen Gebieten, was bei der gegenwärtigen Unsicherheit der Wirtschaft ohne weiteres verständlich ist. Aus dem Entgegenkommen, das die deutsche Delegation im Laufe der Verhandlungen gezeigt hat, muß auch die französische Delegation die Ueberszeugung gewonnen haben, daß die deutsche Delegation immer ihre Bereitschaft gezeigt hat, bis an die Grenze zu gehen, die die Wahrung der deutschen Interessen zuläßt.

Sozialdemokratie und Zollfrage.

Von

Dr. Emil van den Boom.

Sozialdemokratie und Kommunistische Partei Deutschlands, feindliche Brüder, obwohl vom gleichen Vater stammend, die sich sonst nicht sehen können, wetteifern heute im Bunde mit den sozialistischen Gewerkschaftsorganisationen miteinander, um gegen die Zollvorlage der Regierung Sturm zu laufen. Man braucht in dieser Vorlage durchaus nicht der wirtschafts- und staatspolitischen Weisheit höchste Spitze zu sehen, um gleichwohl die wenig sachliche Art, wie heute von sozialdemokratischer Seite die ganze Frage behandelt wird, auf das entsetzlichste zu verurteilen. Gesteht doch Max Schippel, der beste Kenner der handelspolitischen Probleme im Lager der Sozialdemokratie, in der neuesten Nummer (15. Juni) der „Sozialistischen Monatshefte“: „Unsere Partei ist, was die Handelspolitik anlangt, wieder einmal auf dem besten Wege, sich politisch und geistig vollständig zu isolieren. Dabei gibt sie sich den selbstsamsten Täuschungen hin über allerlei zuverläßige Bundesgenossen, die ihr nicht nur in der angeblich handelspolitisch einheitlich geschlossenen ausländischen Arbeiterkraft, sondern auch, was einen richtiggehenden „Klassenkampf“ eigentlich bedenklich stimmen sollte, in den einflussreichsten und wichtigsten Schichten des Bürgertums verheimlicht zur Seite stehen. Es sind bei uns noch niemals so viele bürgerliche Leuchten als Quellen und Wegweiser sozialdemokratischen Zielbewußtseins offen und ehrlich zitiert worden.“ — Diese Gelehrten, denen man sonst seine tiefe Geringschätzung zu bekunden pflegt, sind heute für die Antisozialdemokratie zu unbedingten Autoritäten geworden.

Die deutsche Sozialdemokratie und ihre Presse lehrt heute wieder den grundfalschen Freihändler heraus. Dabei muß sie sich von Schippel nachweisen lassen, daß im Gegensatz zu ihr die internationale sozialdemokratische Arbeiterkraft viel realer denkt. Die österreichische Sozialdemokratie unter Führung von Otto Bauer vertritt neben der Idee des Industriefiskus jene des Agrarfiskus. Vom russisch-bolschewistischen Zolllarif vom 8. Januar 1924 schreibt Schippel, daß hier „die Industriefälle, entsprechend der zerrütteten Leistungsfähigkeit der russischen Produktion, die sich einst in so glänzendem Aufschwung befand, samt und sonders ungewöhnlich hoch und mitunter geradezu bis zu tragischer Höhe emporgehoben sind“. Daß die australischen Arbeiter, obgleich sehr energische Vertreter ihrer besonderen Klasseninteressen innerhalb ihrer besonderen Lebenskolonialen Umwelt, mehr und mehr die Träger der australischen industriellen Erziehungspolitik wurden, ist bekannt und in den Sozialistischen Monatsheften oft genug eingehender geschildert worden. Ähnlich die kanadischen Arbeiter. Und was endlich die Arbeiter in den Vereinigten Staaten von Nordamerika anbelangt, so betont von ihnen Max Schippel: „Sie haben der sozialistischen Industrieförderung niemals ernstliche Hemmnisse bereitet. Sie haben der Zollpolitik als Kampfmittel gegen Hungerlohnkonkurrenz (pauper labor) sogar in Uebereinstimmung mit den australischen Arbeitern, einen eigenen klassenmäßigen Sonbereinschlag verschafft. Noch bei der letzten Agrarzolleneinführung und -erhöhung rühmte sich die Föderation stets mit den Farmern Schulters an Schulter gekämpft zu haben.“ — Also protektionistische Anschauungen und Neigungen auf der ganzen internationalen Linie!

Von der Berufung auf die wissenschaftlichen Autoritäten aber, die angeblich die sozialdemokratisch-kommunistischen Verdammungsurteile stützen sollen, meint Schippel: „Zollkommen abweichend von den Pressestimmen und selber schon schon Parlamentsreden unserer Partei gestehen diese Vertreter der Wissenschaft zunächst die Berechtigung von Verhandlungen an, und fast uneingeschränkt, zu... Ferner haben fast alle diese Wissenschaftsvertreter geschildert und von neuem betont, daß für sie ein Wegfall des Agrarzollens indiskutabel sei ohne gleichzeitigen oder vielmehr ohne vorherigen Wegfall der Industriezölle. Ganz im Gegensatz zu unsern parteigenössischen Nichts-als-Antagierern des latente bekannten armen Eugen Richter haben sie als den zur Zeit abermaligen wirtschaftlich am meisten bedrohten Teil unserer heimischen Produktion die Landwirtschaft anerkannt und unter solchen Umständen jeden Gedanken einer einseitigen Belastung des produktiven und persönlichen Verbrauchs der landwirtschaftlichen Betriebe und Haushalte mit allgemeinen oder doch umfassenderen Industriezöllen auf das entsetzlichste zurückgewiesen. Auch die Schmerzträglichkeit und die schreiende Ungerechtigkeit verschiedener staatslicher, besonders steuerpolitischer Maßnahmen gegenüber der Landwirtschaft haben sie fast immer offen zugestanden und abfällig hervorgehoben. Das mag richtig oder falsch sein. Aber wer sich auf die Bedeutung dieser Wissenschaft fortgesetzt beruft, kann diese zweite Seite der Stellungnahme nicht wie etwas ganz Belangloses gleichgültig glattweg ignorieren. Entweder oder. Von einer Auseinandersetzung nach dieser zweiten Richtung war jedoch bisher in der Partei nicht das geringste zu spüren. Und

da auf unser künftiges summarisches Verhängen: der Bandwurm-
schaft müsse im Notfall in anderer und viel wirkungsvollere
Weise als durch Zölle geholfen werden, seit jeher niemals
eine ernsthafte agrarpolitische Tat gefolgt ist,
so kann man es den ländlichen Massen wahrlich nicht übel nehmen,
wenn sie sich lieber an die schützende Gegenpartei halten.
Da sehen sie doch wenigstens, wo und wie."

Die sozialdemokratisch-kommunistische Opposition im Parla-
ment und Presse behandelt eben die Zollfrage nicht sachlich, son-
dern unter parteipolitischen und parteitaktischen Gesichtspunkten,
als Parteigeschäft. Viel mehr wird der wahren Sachlage
anscheinend die Stellungnahme der christlich-nationalen Arbeiter-
schaft gerecht. Die „Sozial-Wirtschaftliche Korrespondenz“, die
im Auftrag der christlichen Gewerkschaften von Bernhard Otto
und Friedrich Waltrusch herausgegeben wird, bespricht in ihrer
Nummer 23 die Zollpolitik und äußert mit guten Gründen die
Bedenken, die man sowohl gegen die landwirtschaftlichen als
auch die industriellen Zölle haben kann. Grundrücksicht werden
aber auch hier die Zölle nicht abgelehnt. Die industriellen Zölle
werden als durchaus diskutabel hingestellt, „weil das Ausland
uns gegenüber in den letzten Jahren teilweise unübersteigbare
Zollschranken aufgerichtet hat, und es gilt, diese auf dem Wege
der Zolltarifnovelle durch gegenseitige Konzessionen wieder zu
beseitigen. Das Ausland ist der wirkliche Urheber
dieser Zollvorlage, und alles Geschimpfe von dort gegen
die deutsche Regierung richtet sich deshalb an die falsche Adresse.
Der kommunistisch-sozialistische Opposition aber kommt es scharf
darauf an, eben dieser Regierung Schwierigkeiten zu machen und
an der Verhinderung der Erwerbslosen ihre parteipolitischen
Stülpchen zu setzen."

Wer der Zollvorlage sachlich gerecht zu werden versucht,
braucht sich deswegen durchaus nicht für einen Schutzoll auf
lange Sicht auszusprechen. Auch hier kann man dem Standpunkt
der christlich-nationalen Arbeiterschaft zustimmen: „Auch diese
Zollvorlage darf in der Hauptsache nur dem Ziele dienen, dem
möglichst freien Austausch der Erzeugnisse, einer wirklichen
Weltwirtschaft die Bahn freizumachen und einen den
Naturbedingungen der Staaten möglichst angepassten Produk-
tionsaustausch zu fördern.“ Das bedeutet einen Idealzustand,
von dem wir aber noch solange fern sind, als politisches und
nationalistisches Denken die Verwirklichung eines anderen Zieles
hemmen, nämlich die Befriedigung und Annäherung
der kontinental-europäischen Staaten unter-
einander."

Deutscher Reichstag.

2. Berlin, 27. Juni. (Tel.)

Nach Annahme eines Gesetzentwurfes über den Schutz des
zur Anfertigung von Schulbüttern verwendeten Papiers ge-
gen unbefugte Nachahmung in allen drei Lesungen begann der
Reichstag heute die Beratung des

Satzhaushalts des Reichsfinanzministeriums.

Abg. Egger (Soz.) weist darauf hin, daß der Ge-
setzentwurf, die Vereinfachung der Steuern durch das
Reich vornehmen zu lassen, nachdem er viel beschiedet worden
ist, die Steuerminister Schlieffen übernommen worden
sei. Die Steuerminister liege gerade auch unter den kapitalträ-
genden Kreisen im argen. Man brauche nur daran zu erinnern,
daß als Stimmes Stach, seine Familie nur einen Pfennig Erbs-
chaftsteuer zahlte. Der Rechner wendet sich dann gegen die
Minderungen in der Staatsneinmonopolverwaltung.
Dort werde unproduktiv gearbeitet. Die amtlichen Zahlen lie-
ßen einen erfreulichen Rückgang des Alkoholgenußes erkennen.
Leider entsprache das aber nicht den Tatsachen, denn es werde
tatsächlich mehr Alkohol als vor dem Kriege verbraucht. Der
Mehrbedarf werde unter Umgehung der gesetzlichen Vorschriften
eingeschmuggelt. Der Rechner begründet dann einen sozialdemo-
kratischen Antrag, der eine Verringerung des Brannt-
weinmonopolgeschäfts dahingehend wünscht, daß der
Monopolverwaltung ein rein kaufmännisches Arbeiten ermög-
licht wird. (Beifall links.)

Abg. Oberfohren (Dntf.) erklärt namens seiner Frak-
tion, daß diese die Staatsgarantie und die vorsichtige Finanz-
politik des gegenwärtigen Finanzministers vollkommen billige
und dem Minister ihr Vertrauen ausspreche. Es sei zu bestre-
iten, daß unter den gegenwärtigen Umständen die Lohnsteuer
und die sonstige Steuerpolitik des Reichsfinanzministeriums un-
sachlich sei. Die vollständige Schwere der sozialistischen
Branntweinmonopolgeschäfts, das Branntweinmonopol könnten nur
dadurch gelöst werden, daß man zu den vor der Sozialisierung
bestehenden Zuständen zurückkehre. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Cremer (D. Wp.) glaubt, daß das Verhältnis
zwischen Steuerbeamten und Publikum heute infolge der klugen
Leitung des Personals zufriedenstellend sei. Hervorzuheben sei
das günstige Verhältnis der Kosten der Finanzverwaltung zu
ihren Erträgen.

Abg. Dr. Schreiber (Zentr.) erklärt, mit großer Ge-
nugung müsse festgestellt werden, daß die im Lande erhobenen
Vormüße, daß die Verwaltung des Finanzministeriums zu teuer
sei, unbegründet seien. Erstlich derweil betrage der Betriebs-
koeffizient nur 5-6 Prozent. Hervorzuheben sei, daß das Fi-
nanzministerium heute das mächtigste Ministerium in Deutsch-
land sei, weil alle anderen Ministerien in ihren Ausgaben von
seiner Zustimmung abhängig seien. Der Finanzminister habe
daher eine Pflicht in die Öffentlichkeit nicht nötig, die er wäh-
rend der Staatsberatung unternehmen habe. Der Finanzmini-
ster könne regieren, wenn er regieren wolle. (Beifall im Zentrum.)

Die Finanzverwaltung des Reiches dürfe nicht in
Reinlichkeitskränze bei den Ländern ausarten, weil dadurch
der Unitarismus des Reiches schwer gefährdet werde. (Beifall
im Zentrum.)

Nachdem auf einen kommunistischen Antrag hin festgestellt
ist, daß von 472 Abgeordneten nur ganze 207 im Saal anwesend
sind und das Haus somit nicht beschlußfähig ist, wurde die Fort-
setzung der Debatte auf nächsten Donnerstag verlagert.

Die Ausschußberatung der Zollvorlage.

tu. Berlin, 27. Juni. (Tel.) Der Reichstagsausschuß für
Handelsangelegenheiten wählte den Zentrumsabgeordneten
Beitz zum Vorsitzenden und begann dann die General-
debatte über den Zolltarif. Handelsminister Dr. Neuhäus-
er gab Auskunft über das Ergebnis der Handelsvertragsverhand-
lungen mit Belgien und der schwebenden Verhandlungen mit
Frankreich, Polen und Italien. Lange Zeit sei es
unmöglich gewesen, selbst innerhalb des Reichsgebietes einheit-
liche Wirtschaftspolitik zu treiben. Bezüglich der Außenhandels-
politik sei Deutschland durch den Versailles Vertrag genötigt,
einige Kontingente zollfrei einzuführen, während Polen und
Frankreich auf alle mögliche Art und Weise versuchten, den deut-
schen Handel lahmzulegen. Jetzt endlich sei die Möglichkeit ge-
geben, die Beziehungen mit dem Ausland auf Grund gegensei-
tiger Handelsverträge zu regeln. Der Grundgedanke der deut-
schen Politik müsse die Erreichung allgemeiner, unbeschränkter
und unbedingter Wirtschaftseinigung sein, d. h. daß deutsche Er-
zeugnisse unter allen Umständen zu den gleichen Einfuhrbestim-
mungen in allen Vertragsstaaten eingeführt werden können."

Die Sicherheitsfrage.

Eine wichtige Bemerkung Chamberlains

W. Manchester, 27. Juni. (Tel.) Der Londoner Sonder-
berichterstatter des „Manchester Guardian“ hebt eine wichtige
Bemerkung Chamberlains in seiner Unterhausrede hervor, die
anscheinend von Lloyd George und MacDonald übersehen wor-
den ist. Die Bemerkung lautet: „Wenn der des Rechtsbruchs
Schuldige nicht nur die schiedsgerichtliche Entscheidung oder die
Durchführung des Schiedsspruches ablehnt, sondern auch zu Ge-
waltmitteln greift, tritt unsere Garantie zum Schutze der beucha-
digen Partei gegen das ihr zugesagte Unrecht in Kraft.“ —
Diese Erklärung, so sagt der Korrespondent, ist die erste deut-
liche, von der Regierung gegebene Erklärung dessen, was mit
Teil 4. der französischen Note beabsichtigt wird. In einem Ab-
schnitt des Teiles 4. wurde zum Ausdruck gebracht, daß eine
Zwangsaktion nur in Übereinstimmung mit den bestehenden
Verträgen unternommen werden sollte, während es an einer
anderen Stelle hieß, der Garantiepakt solle sofort in Wirksamkeit
treten, wenn eine der Parteien es ablehnt, den Streit einem
Schiedsgericht zu unterbreiten oder den Schiedsspruch auszu-
führen und statt dessen zu feindseligen Maßnahmen schreitet.
Der Korrespondent fährt fort: Chamberlain erklärte nun, daß
der letztere, nicht der erstere Grund, nach Ansicht der Re-
gierung Geltung haben sollte. Nach der Völkerbundsatzung sei
England schon verpflichtet gewesen, den Staat, der den Krieg
beginnt, zu boykottieren und Vorschläge für die kriegsgerichtliche
Lösung des Völkerbundesrates zu erwägen, aber nicht mehr als zu
erwägen. Durch die vorläufige Vereinbarung zwischen Cham-
berlain und Briand soll England offenbar zu einem sofortigen
Krieg gegen den angreifenden Staat verpflichtet werden, ohne
darauf zu warten, daß die Maschinen des Völkerbundes in
Tätigkeit tritt. Der Korrespondent bemerkt, auf dieses Ab-
weichen von der Völkerbundsatzung müsse hingewiesen und es
müsse erörtert werden, gleichviel, ob man es
billige oder nicht.

In einer ergänzenden Notiz heißt es: In diplomatischen
Kreisen wird bestätigt, daß der Hauptpunkt der Völkerpolitik der
Regierung der sei, daß der Pakt die Völkerbundsatzung in der
wichtigen Beziehung kräftig gestärke, wo die Satzung durch den
Art. 16 eine elastische Fassung aufweist. Bevor die feindseligen
Kreize gegen den angreifenden Staat beginnen, würde der Pakt,

so weit Westeuropa in Frage komme, Großbritannien automatisch
in den Krieg mit jeder Partei bringen, welche die entmilitari-
sierte Rheinzone verleihe. Es verlaute indessen, daß nach der
Ansicht der Regierung der Völkerbund eine Körperschaft einseben
solle, die eine solche Verletzung feststellen müsse.

Die Konferenz der deutschen Ministerpräsidenten.

tu. Berlin, 27. Juni. (Dr. Hth. unseres Berliner Vertreters.)
Die Ministerpräsidenten der Länder trafen heute vormittag um
10 Uhr unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Luther zu einer
Besprechung sämtlicher außenpolitischen Fragen zusammen. Sämt-
liche Reichsminister nahmen an der Besprechung teil; ebenso die
Vertreter der Länder. Außenminister Dr. Stresemann erstattete
Bericht über die außenpolitische Entwicklung der letzten Wochen.
In der Debatte ergrißen die Ministerpräsidenten mehrfach das
Wort.

W. Berlin, 27. Juni. (Tel.) In der Besprechung des Reichs-
kabinetts mit den Staats- und Ministerpräsidenten der Länder,
die mit einer kurzen Mittagspause von 10 Uhr morgens bis ge-
gen Abend dauerte, wurden die wichtigsten zur Zeit im Vorder-
grund stehenden Probleme erörtert. Hierbei ergab sich eine
grundsätzliche Übereinstimmung in der Beurteilung
der Lage und der zu treffenden nächsten Maßnahmen.

Die Deutschnationalen und der Sicherheitspakt.

tu. Berlin, 27. Juni. (Tel.) Die deutschnationalen
Pressekreise teilen mit: Die „Deutsche Zeitung“ und das
„12-Uhr-Mittagsblatt“ von heute bringen die Nachricht über
einen Vorstoß nordwestdeutscher Parteiführer gegen den Herrn
Außenminister Stresemann, der, wie wir feststellen konnten,
nicht den Absichten der Partei entspricht. Auch
die vorausgehenden Bemerkungen, die der „Berl. Lokalanz.“ vom
26. Juni nachmittags zu dem noch nicht veröffentlichten Commu-
nique gemacht hat, sind aus dem Grunde falsch, weil die Deutsch-
nationalen Volkspartei einem gesunden Sicherheitsgedanken na-
türlich politisch gegen übersteht und stand. Soweit es sich
dabei um eine Sicherung Deutschlands auf dem Boden voller
Gleichberechtigung und Gegenseitigkeit handelt, ohne einen Ver-
zicht auf unverjährbares Recht

tion noch im Ausschusse, zur Aufwertungsfrage Stel-
lung genommen habe. Die gegen ihn erhobenen Verdäch-
tungen seien ein Raub an Gerechtigkeit. Ob er als Gläubiger
nicht zu überleben. — Abg. Dr. Schettler (Ztr.) teilte mit,
daß nach seinen Vermögensverhältnissen und angeblichen Inter-
essen geschlüsselt und an seine Partei darüber ein Brief ge-
richtet worden sei. — Dr. Best verteidigte sich gegenüber diesen
Feststellungen, indem er immer wieder betonte, er habe die Nach-
richt Unbefandenheit ohne Prüfung weitergegeben. — Die von
Best angegriffenen Abgeordneten stellten anscheinend fest, daß
Best sich in leichtfertiger Weise der Verbreitung unwahrer Nach-
richten und der Verleumdung schuldig gemacht habe.

Die Kammer für Caillaux' Finanzpläne.

tu. Paris, 27. Juni. (Tel.) Der Ministerrat hat gestern
die Finanzpläne Caillaux' einstimmig genehmigt.
Sie haben die Form eines vier Paragraphen umfassenden Ge-
setzentwurfes „zur Behebung der Schatzkassenschwierigkeiten und zur
Erleichterung der schwebenden Schuld“. In der Hauptsache steht
der Entwurf folgende drei Maßnahmen vor: 1. Einen neuen
von sechs Milliarden Franken, wodurch die Geldumlaufmenge
von 45 auf 51 Milliarden erhöht wird; 2. Auslegung einer ge-
gen Baualtschwankungen gesicherten Anleihe, an deren Zeich-
nung sich nur die Inhaber der Schatzanweisungen beteiligen
dürfen.

Caillaux hat nachmittags in der Kammer, die aufdrin-
genden Wunsch der Regierung mit der Budgetberatung auslegte,
den Entwurf verlesen und hinzugefügt: Kurz bevor wir das
Finanzministerium übernahmen, hatte die Bank von Frankreich
bewilligt, davon neuen Vorschuß von 4 Milliarden Franken
bewilligt. Davon neuen nach vorgenommenen Deduktionen der
Staatskasse 1 Milliarde 700 Millionen Franken zur Verfügung.
Durch die Bedürfnisse des Budgets und des Schatzkassens, beson-
ders infolge des wachsenden Defizites der Schatzanweisungen, ist
diese Summe nahezu aufgebraucht worden. Andererseits stehen
fälligkeitstermine bevor. 1800 Millionen müssen im Juli, 3500
Millionen im September den Inhabern der Schatzanweisungen zu-
rückgezahlt werden. Weiter sagte Caillaux, daß die geplante An-
leihe dazu bestimmt sei, die Inhaber der fälligen Schatzanweisungen
zum sofortigen Umlauf ihrer Anweisungen gegen Coupons der
neuen Anleihe zu bewegen. Die sechs Milliarden Banknoten, die
die Bank von Frankreich neu ausgeben werde, sollen vollständig
nach Konsolidierung der Schatzanweisungen durch die neue An-
leihe amortisiert werden. Der volle Ausgleich des Budgets für
1926 ermächtigt den Finanzminister zu der formellen Zu-
sicherung, daß künftig von Anleihen überhaupt völlig abgesehen
wird.

Die Pläne Caillaux gingen zunächst an die Finanzkom-
mission, die ihnen zustimmte. Abends 10½ Uhr trat deshalb
die Kammer abends zusammen. Dabei betonte Minister-
präsident Poincaré, daß es notwendig sei, die Regierungsvor-
lage mit großer Mehrheit anzunehmen. Bedenke begründete
Poincaré erlauchte, den Gegenvorschlag zurückzugeben und er-
klärte, die Regierung werde zurücktreten, wenn
der Vorschlag nicht mit genügender Mehrheit abgelehnt
werde. Um 4 Uhr morgens erfolgte die Abstimmung. Der
sozialistische Vorschlag wurde mit 340 gegen 200 Stimmen ab-
gelehnt. Als das Abstimmungsergebnis bekannt wurde, wollte
Poincaré aufstehen und den Saal verlassen, wurde aber von
seinen Freunden durch eifriges Zureden verhindert, sich wieder
der Finanzvorlage, das dem Finanzminister das Recht gibt, im
Einkverständnis mit dem Ministerpräsidenten das Finanzge-
schäft durchzuführen, stellte die Regierung die Vertrauens-
frage. Das Kapitel wurde darauf mit 318 gegen 119
Stimmen angenommen.

Das neue griechische Kabinett.

tu. Paris, 27. Juni. (Tel.) Aus Athen wird ge-
meldet, daß General Pangalos der Führer der
aufständischen Offiziere, das Kabinett gebildet hat. Es setzt
sich folgendermaßen zusammen: Pangalos Ministerpräsident,
Krieg, Hadjutyriatos Marine und auswärtige Angelegenheiten,
Cofinas Finanzen, General Papadogiorgos Inneres, Dr. Le-
vathinopoulos Unterricht, Tzavoulas Verkehr, Kentis Wirt-
schaft und vorübergehend Justiz. Die Regierung wird sich am
Montag der Nationalversammlung vorstellen.

Spanischer Sieg über die Rifstämme.

tu. Melilla, 27. Juni. (Funkpruch.) Die spanischen Trup-
pen fügten den Rifstämmen im Sektor Salara eine entschei-
dende Niederlage mit schweren Verlusten zu.

Anfere ge-
schienen, da in
der einen lokal
betreffenden Wi-
nummer. Wi-
schulbigen.

3. A. A. P.
rag, den 5. Juli
Damen der Wi-
Cleve die Füh-
geboten, die al-
Teilnehmer treu
Boscholt. Anne
total Dangenhof
(Siehe Inserat).

a. Verkehrs-
Osterstraße und
Wagen, Motor-
taren und Fah-
führen, dürfen
entgegengelehnt
daß, solche, die
mit den Beamten
der neuen Regel
Vorschrift zur H-
worden ist, d. h.
Autofahrer, Fuß-
neue Regelung H-
wird. Ihre Zue-
Aufführung ein-
warten, daß selbst
fügen, für die se
3. Verkehrs-
straße ein Radfa-
Kaufmannes ange-
nächste Haus ge-
hat er keinerlei V-
Jahri bald wieder
t. Sinn und
würdige und wen-
oris debattiert üb
katholische Deutsch
und Verbinste, d
Bildungsverein de
zehnten erworben
für die Umstellun
zu den Fragen un
davon, daß der Z
Zugkraft mehr best
der heutigen Volk
dankbar ein Schrif
Volkvereinsgeban
soeben erschienen i
Volkvereins für d
dem reichen Inhalt
soziale Zentrale“
Sichte der Vorzeil
„Wider aus der M
Rückständigkeit im
1924 und 1925“. I
grundsätzliche und
des Volksvereins g
Volke viel Neues u

n. Unholt, 27.
Zollbeamten veranfr
Vorgesetzten, Herrn
Leitung von hier
7,30-8,30 Uhr brach
Scheidenden ein S
Wachet in einer T
gedachte, das immer
standen habe und da
Dienst erledigt hat
Vorgesetzten ein vor
Blumenstrauß. Sod
Gemahlin zum Fest
Stunden gemitlich
Schule sprach für al
gefühlten Dank aus
unter den Klängen
Städtelein hinaus“
hat sich während sein
und Hochachtung de
wünschen ihm an sein

3. Dingden, 27.
nummer unserer Zei
zählung vom 16. die
Dingden 2794 Einwo
weißliche Personen,
gelsen Gemeinden wi
318 weibl.), Dingden Berg
224 (106 männl. und
407 weibl.)

3. Dingden, 27. J
Mitwoch, den 1. Juli,
Saale die ordentlich
und Darlehnstafelme
u. a. die Vorlage der
der Bericht des Aufsi
sammlungslage im R

Aus d

3. Empel, 27. Jun
hier auf dem großen
Pferdesportvereins
sehr gut, von 63 Rüh
18 Rappen gemeld
der Größe des Plages
geführt werden. Im
ganzen erstklassiges M
die Preisverteilung st
gemütlichen Festball

Aus der Heimat.

Bocholt, den 28. Juni 1925.

An unsere Leser

Unsere gestrige Ausgabe konnte leider nicht vollständig erscheinen, da infolge plötzlich verklärten Gasdruckes die Mater der einen lokalen Anzeigenseite im Schmelzofen verbrannte. Die betreffenden Anzeigen veröffentlichen wir in der heutigen Nummer. Wir bitten die Inserenten, das Vorkommnis zu entschuldigen.

3. A. A. V. „Westfalia“. Der Verein veranstaltet am Sonntag, den 5. Juli, einen Ausflug nach Cleve, zu dem auch die Damen der Mitglieder eingeladen sind. Da der Bruderverein in Cleve die Führung übernehmen wird, so ist reichlich Gelegenheit geboten, die alte Böhmerstadt eingehend zu besichtigen. Die Teilnehmer treffen sich Morgens 7.30 Uhr am Bahnhof in Bocholt. Anmeldungen müssen bis Mittwoch Abend im Vereinslokal Dangenhoff erfolgen, wo eine Liste zum Einzeichnen aufliegt. (Siehe Inserat).

a. Verkehrsregelung. Die neue Verkehrsregelung auf der Osterstraße und Königstraße gilt für alle Fahrzeuge, d. h. Motorwagen, Motorräder, Pferdefuhrwerke, Handwagen, Schubkarren und Fahrräder. Personen, die Fahrräder an der Hand führen, dürfen auch in eine der vorgeschriebenen Fahrtrichtung entgegengekehrten Richtung gehen. Sehr oft kann man beobachten, daß solche, die es immer noch nicht begriffen haben, sich erregt mit den Beamten über die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der neuen Regelung ausbreiten. Denen sei gesagt, daß die Vorschriften zur Führung der Sicherheit des Verkehrs erlassen worden ist, d. h. also im Interesse eines jeden Bürgers, sei er Autofahrer, Fuhrwerklenker, Radfahrer oder Fußgänger. Die neue Regelung hat nur dann Zweck, wenn sie strikte durchgeführt wird. Ihre Zweckmäßigkeit kann wohl von jedem ohne besondere Aufklärung eingesehen werden. Es ist daher auch wohl zu erwarten, daß selbst die sich der neuen Ordnung bereitwillig fügen, für die sie eine kleine Unbequemlichkeit bringt.

b. Verkehrsunfall. Am Freitag Mittag wurde auf der Neustraße ein Radfahrer von dem Kraftwagen eines holländischen Kaufmannes angefahren und kam zum Sturz. Er wurde in das nächste Haus gebracht, wo er sich wieder erholt. Zum Glück hat er keinerlei Verletzungen davon getragen, so daß er seine Fahrt bald wieder fortsetzen konnte.

c. Sinn und Aufgaben des Volksvereins. Es ist eine merkwürdige und wenig erfreuliche Tatsache, daß man heute vielerorts debattiert über Sinn und Zweck des Volksvereins für das katholische Deutschland. Man anerkennt die großen Leistungen und Verdienste, die sich dieser soziale und staatsbürgerliche Bildungsverein der deutschen Katholiken in den letzten Jahrzehnten erworben hat, zeigt im übrigen jedoch kein Verständnis für die Umstellung oder die neue Einstellung des Volksvereins zu den Fragen und Werten der Gegenwart. Man spricht daher davon, daß der Volksverein sich überlebt habe und heute keine Zugkraft mehr besitze. So kann nur der reden, dem die Eigenart der heutigen Volksvereinsarbeit fremd ist. Wir begrüßen daher dankbar ein Schriftchen aus der Feder des ältesten Trägers des Volksvereinsgebäudes, Dr. August Pieper in M. Gladbach, das soeben erschienen ist unter dem Titel: „Sinn und Aufgaben des Volksvereins für das kath. Deutschland“. (Preis Mark 0.50). Aus dem reichen Inhalt seien genannt die Abschnitte: „Eine katholische soziale Zentrale“, „Sinn und Aufgaben des Volksvereins im Lichte der Vorgänge“, „Was verbandt der Volksverein Bindhorf?“, „Bilder aus der Arbeit des Volksvereins, besonders aus seiner Kulturarbeit im Franz Hilde-Saule in Paderborn in den Jahren 1924 und 1925“. Das Studium dieser Programmschrift, die als grundsätzliche und tiefere Einführung in das Wesen und Wirken des Volksvereins gedacht ist, wird weiten Kreisen im deutschen Volke viel Neues und Interessantes zu sagen haben.

n. Anhalt, 27. Juni. Abschiedsfeier. Die hier stationierten Zollbeamten veranstalteten am Donnerstag Abend für ihren Vorgesetzten, Herrn Zollinspektor Schulze anlässlich seiner Verlegung von hier nach Soestfeld eine Abschiedsfeier. Von 7.30—8.30 Uhr brachte die zehn Mann starke Zollkapelle dem Abschied in einer kurzen Ansprache des guten Einvernehmens gedachte, das immer zwischen Vorgesetzten und Untergebenen bestanden habe und das allen Beamten den manchmal sehr schweren Dienst erleichtert habe. Darauf überreichte er dem verehrten Vorgesetzten ein von den Beamten gestiftetes Bild nebst einem Blumenstrauß. Sodann geleitete man Herrn Schulze und seine Gemahlin zum Festlokal Bennemann, wo man noch einige Stunden gemütlich beisammen blieb. Herr Zollinspektor Schulze sprach für alle ihm erwiesenen Ehrungen seinen tiefgefühlten Dank aus. Am Schluß wurde er mit seiner Gemahlin unter den Klängen des Liedes „Auf, denn, muß ich denn, zum Abschied hinaus“ nach Hause zurück geleitet. Der Abschied hat sich während seiner Tätigkeit in Anhalt auch die Wertschätzung und Hochachtung der hiesigen Bevölkerung erworben. Wir wünschen ihm an seiner neuen Arbeitsstätte alles Gute!

3. Dingden, 27. Juni. Bevölkerungszahl. In der Mittwochnummer unserer Zeitung teilten wir das Ergebnis der Volkszählung vom 16. dieses Monats mit. Danach hat das Amt Dingden 2794 Einwohner, und zwar 1393 männliche und 1401 weibliche Personen. Diese Bevölkerung verteilt sich auf die einzelnen Gemeinden wie folgt: Dingden Dorf 637 (319 männl. und 318 weibl.), Dingden Bawersch 551 (292 männl. und 259 weibl.), Dingden Berg 588 (286 männl. und 302 weibl.), Nordbrod 224 (106 männl. und 118 weibl.), Lantern 794 (380 männl. und 407 weibl.).

3. Dingden, 27. Juni. Spar- und Darlehnskassenverein. Am Mittwoch, den 1. Juli, nachm. 6 Uhr, findet im Hengsternmännchen Saale die ordentliche Generalversammlung des Dingdener Spar- und Darlehnskassenvereins statt. Auf der Tagesordnung steht u. a. die Vorlage der Jahresrechnung und Bilanz für 1924, sowie der Bericht des Aufsichtsrates. Die Bilanz liegt bis zum Versammlungstage im Kassensaal zur Einsicht der Mitglieder offen.

Aus dem Kreise Rees.

3. Enpel, 27. Juni. Kreisfahrschau. Am Donnerstag fand hier auf dem großen Rennplatz die 9. Pferdeausstellung des Pferdebesitzervereins des Kreises Rees statt. Der Anstich war sehr gut, von 63 Züchtern waren 193 Tiere und 16 Familien und 18 Koppeln gemeldet, die in 12 Klassen gewertet wurden. Bei der Größe des Platzes konnten die Tiere in drei Ringen vorgeführt werden. Im Anschluß an die Schau, die im großen und ganzen erstklassiges Material aufwies, fand im Ritterschen Saale die Preisverteilung statt. Die Veranstaltung endete mit einem gemütlichen Festball.



Ohne es zu wollen

treiben viele, sonst tüchtige Hausfrauen Brennstoffverschwendung in der Küche, weil sie veraltete Kocheinrichtungen benutzen. Der idealste und billigste Brennstoff für die Küche ist Gas, wenn man einen neuzeitlichen Gasherd verwendet, und sich alle Vorteile zunutze macht, die der richtige Gebrauch eines solchen Stückes bietet.

Das Gas ist in jeder Beziehung der billigste, treueste und verlässlichste Diener im modernen Haushalt

Rei und Auskunft kostenlos beim Gaswerk.

a. Wesel, 27. Juni. Einwohnerzahl. Nach der Volkszählung am 16. d. Mts. hat die Stadt Wesel eine Gesamteinwohnerzahl von 24 023 Personen, davon 11 514 männlich und 12 509 weiblich. Gegenüber der letzten Zählung, bei der die Einwohnerzahl 23 751 betrug, ist also eine Zunahme der Bevölkerung um 300 Personen zu verzeichnen.

Eingelaudet.

Pachtverhältnisse der kathol. Kirchengemeinde in Rheide.

Zu den Pastoratsfonds der Gemeinde Rheide gehören umfangreiche Pachtländereien in der Umgegend des Dorfes, welche meistens von Fabrikarbeitern, sowie Handwerkern und kleinen Gewerbetreibenden angepachtet sind. Zum Teil liegen diese Ackerländereien innerhalb und in unmittelbarer Nähe des Dorfes, während andere einige Kilometer weiter vom Dorfe entfernt sind. Die Bodenbeschaffenheit ist hinsichtlich ihrer Ertragsfähigkeit sehr verschieden. Um Angelegenheiten der unterschiedlichen Ertragsfähigkeit für jedes einzelne Grundstück eine möglichst gerechte Pacht zu ermitteln, hatte der Kirchenvorstand durch eine gewählte Kommission, worin erfahrene Landwirte und auch Pächter vertreten waren, die verschiedenen Ackerstücke in sechs Bonitätsklassen einteilen lassen. Als Merkmale für die Klasseneinteilung gelten unter der Güte des Bodens auch die Entfernung vom Dorfe. Für die erste Bodenklasse wurde ein Reinertrag als Pacht von 15 Pfg. für die Quadratrute berechnet und für jede folgende Klasse je 2 1/2 Pfg. weniger. Für einzelne am Dorfe gelegene umzäunte Gärten werden 20—25 Pfg. für die Quadratrute gezahlt. Mit dieser durch den Kirchenvorstand ermittelten Pacht sind die

Pächter durchweg einverstanden. Die amtliche Armenverwaltung, welche einen erheblichen Komplex Ackerland und Weideland parzellenweise verpachtet hat, richtet sich auch hinsichtlich der Pachtpreise nach den bewährten Grundätzen des Kirchenvorstandes.

Sonntagsgedanken.

„Liebe ist Gebet“. Jemand schrieb einmal eine deutsch Frau dieses Wort. Es entstammt wohl nicht dem Suchen nach einem geistreichen Gedanken, nach einer vom Verstand ergründeten Konstruktion, sondern formte sich aus der Tiefe des eigenen Lebens zu Glauben und Wissen. Und trägt wie jede Erkenntnis, die aus einem reinen Gefühl in unser Bewußtsein aufsteigt, etwas von der wunderbaren Weisheit, wie sie manchmal aus Kindermunde kommt.

„Liebe ist Gebet“. — Das ist wie ein ehrfürchtiges Staunen über das Göttliche, das in uns lebt als heimliche Sehnsucht. Wie ist die Seele so weit geöffnet für alles Gute, nie spürt sie so das Wesen des Schöpfers im vielgestaltigen Weltbild, den geheimen Sinn, der in alles Sein hineingegossen ist, als wenn die Liebe in ihr wohnt. Sie ist das Tiefste und Heiligste im Menschenamt und zugleich das Tröstlichste, weil sie das Mütterliche ist. Denn in aller Liebe wohnt Mütterlichkeit.

Sie wacht an deiner Wiege über den ersten Schlummer deiner Erdentage, sie geht mit dir durch die Rosenzeit deiner Jugend, sie bleibt bei dir auf den rauhen Pfaden des Lebens, wenn keine Hand dich mehr hütet vor Härten und Leid. — Und solange gibt es noch Trost für dich in allen Wirrnissen, in Stunden der Not und der Einsamkeit, solange du noch irgendwo Kind sein kannst.

Und wie ein Gebet wird auch das Leben zweier Menschen, die die Liebe verband. Aus seinem wortlosem Versehen der Seele des Andern, aus Ehrfurcht und Vertrauen wächst dieser tiefste Wunder des Lebens. Es ist der Grund, darauf die Erde ruht und darauf die Familie aufgebaut ist. Und ist schließlich die letzte Wurzel, daraus ein Volk seine Lebenskraft erneuert, die es braucht zum Existenzkampf im Weltgetriebe. Das heiligste Geheimnis zwischen zwei Menschen ist das Fundament aller Kultur.

Wenn etwas Fremdes eindringt in dieses Heiligtum, etwas, das in Erdhaftigkeit und Zweckstreben verflochten ist: Sinnenrausch und Gier und Leidenschaft und Berechnung, dann verflucht der Quell, der aus dem Herzen Gottes zu den Menschen fließt und in einer Welt, darin die Liebe stirbt, wird die Seele kalt und müde. Das führt zur Katastrophe des Einzelnen und zieht die Menschheit in die trüben Niederungen des Verfalls.

Denn die große Menschenliebe, die alles umfaßt, was Menschenanliegen trägt, die hat denselben Ursprung wie die Liebe zwischen den Einzelwesen. Alle Liebe ist Teil einer Religion, entströmt dem geheimen Verbundensein unserer Seele mit Gott, der die Liebe selber ist.

Wir brauchen sie heute nötiger als je. In einer Zeit, da Tausende von der Alltagsfron zerrieben werden, da so manches Menschenleben verdämmert und zerbricht, weil es kein Licht mehr hat und keinen Anteil an Schönheit und Glück, da ist ein Händedruck, ein gutes Wort, ein warmherziges Schauen Auge in Auge wie erbarmendes Helfen und Aufwärtsführen. Es ist nie so viel sehnüchliches Verlangen nach Liebe in der Menschheit gewesen, wie in unserer zerrissenen Gegenwart. — Und wenn diesem Suchen nicht Erfüllung wird, so muß der Erdball erkalten.

Wir gehen, losgerissen von unserm Ursprung, durch die Tage mit dem ewigen Suchen nach Heimkehr und Frieden, und nur die Liebe, das Licht in uns und die Gottesfabel im Weltall, kann uns Erlösung bringen.

Dr. Sch.

Verantwortlich für den lokalen Teil: Dr. B. Schmitz. Bocholt, für den lokalen Anzeigenteil: Joh. Kempten. Bocholt.

Jahres-Saatenamt
für die Eheleute
Peter Schwartz
Marie Hüsstegge
Dienstag, 30. Juni 1925, 8 1/2 Uhr
in St. Georg, wozu freudl. eingeladen wird.

Bekanntmachung.
Gemäß § 65 des Kommunal-Abgaben-Gesetzes vom 14. Juli 1893 wird hiermit bekannt gemacht, daß für das Rechnungsjahr 1925 an Gemeindefeuern erhoben werden sollen:

Gemeinde	Bevölkerung der Gemeinde vom	Haufenerbehaftung in Prozenten	Grundsteuer	Gemeindesteuer
Barlo	16. 4. 1925	350	350	
Wienhorst	9. 4. 1925	300	400	
Hamden	10. 4. 1925	300	300	
Herzobocholt	8. 4. 1925	300	300	
Holtwid	9. 4. 1925	300	300	
Riedern	8. 4. 1925	300	300	
Lewid	10. 4. 1925	250	250	
Mussum	9. 4. 1925	350	350	
Sport	8. 4. 1925	300	300	
Stenern	9. 4. 1925	250	250	
Suderwid	8. 4. 1925	300	300	
Werth	21. 4. 1925	350	350	

Die Beschlüsse sind am 17. Juni 1925 durch den Kreisausschuß genehmigt worden.
Bocholt, den 22. Juni 1925.
Der Amtmann: Blume.

Bekanntmachung
Die Landwirtschaftskammerbeiträge für den Kreis Rees liegen im Amtshaus Zimmer Nr. 2 vom 29. Juni 1925 ab 14 Tage lang zur Einsicht offen.
Etwasige Anträge auf Berücksichtigung der Listen sind während der Offenlegungsdauer auf dem Amt Rheide anzubringen.
Rheide, den 26. Juni 1925.
Der Amtmann.
J. B.
Dr. Tinasfeld, Beigeordneter.

SCHWERNÖRIGE
können selbst in hartnäckigen u. veralteten Fällen mit meinen ärztlich empfohlenen Siemens-Apparaten **sofort gut hören!** Ueberraschende Laut- und Fernwirkung. Neue Typen mit ganz kleinem, unauffälligem Ohr tragbarem Hörer. Halbe Friedenspreise. Vorführung am Mittwoch, 1. Juli, v. 2-5 Uhr nachm. in Bocholt, Hotel Gerbaulet, Königstr. 8. Prospekte umsonst. **F. Korta-kamp, Köln-Kalk, Joh. Claßenstr. 57.** — Für Kri. gebrech. verm. kostenlose Liefg., für Krankenkassenmitgl. Beihilfe.

Für Bocholt und Umgegend wird von Bierbrauerei sofort ein ortsfundiger, mit der einschlägigen Kundschaft vertrauter

Vertreter gesucht.
Bewerbungen mit näheren Angaben unter **Nr. 4339** an die Geschäftsstelle ds. Bl. erbeten.

Suche zuverlässiges, tüchtiges
Zweitmädchen
Haustheiler werden gestellt.
Frau Fabrikant Max Cohen,
Bahnhofstraße 15.

Zuverlässiges älteres
Mädchen
für Küche und Hausarbeit in ruhiger, halbschöner Lage für sofort oder später gesucht.
Str. Prof. Schultze,
E. M. e. r. i. g.
Hindenburgwall 44.

2 Jüngere
Antreiber-gehilfen
auf sofort gesucht.
Heinrich Kemmer,
Antreibermeister
Rheide.

Wit ganz geringen Ausgaben erzielen seit Jahren trotz Futtermangel und ungenügender Qualität Tausende von
Kleintierzüchtern
und
Landwirten

Ersparnisse beim Futtermittelkauf, mehr Eier, mehr Milch, mehr Fleisch, durch Beigabe von
Dr. Gräbner's phyto-mineralis. Salz.
Verlang. Sie kostenlos die Schrift: „Der neue Weg“.
Niederlage:
W. Wint, Colonialwaren in Bocholt.

Für einen erprobten, ringreifen
Gummi-Absatz
sucht Fabr. „Vertreter“ Gesellschaft an allen größ. Plätzen tüchtige, fleißige
Vertreter
geg. höchste Provision.
Nach Probezeit ev. spätere Anstellung. Offerten unt. Berücksichtigung der Verhältnisse unter **Nr. 4325** an die Geschäftsstelle d. Bl.

Bis 1927
Auffordernde Prophezeiungen! Jeder Leser erhält die seitige Druckschrift **u m j o n t.**
Schreiben Sie sofort an:
E. Weidmann,
Berlin N. 31 Bül. 668.

Mädchen
vom Lande sucht per sofort oder später
Stellungs.
Adressen an die Geschäftsstelle erbeten.

Leichtmotorrad,
2 PS, preiswert abzugeben. Dasselbst eintrage

Grammophone
zu Fabrikpreisen abzugeben.
Näheres in d. Geschäftsstelle.

Zwei gut erhaltene
Kleider
(Friedensware)
1 schwarz und 1 grün f. große Figur preiswert abzugeben.
Näheres in d. Geschäftsstelle.

Lohnender Verdienst
durch Einrichtg. eines Restiergeschäftes.
Laden nicht nötig. Für Waren 200-600 M. ev. ford. Off. u. D. 7985 an Rudolf Wölfe Dresden

1000 Dankstreifen in 24 Stunden
Nichtraucher!
Berat. kostenf.

Sanitas-Depot, Halle a. S.
Sommerproffen, Biskol, Witterer, Einfaches, wunderb. Mittel; teile jedem gern umsonst mit.
W. S. Witzhaus,
Seitigenfabr. (E. G. S.)
B. 130.

Achtung Raucher!

Die Sorten

Westminister	1/10 Pfd. 0,30 Mk.,
in Blauband,	
Smaragd	1/10, Pfd 0,30 Mk.,
Rubin	1/10 Pfd. 0,40 Mk.,
Saphir	1/10 Pfd. 0,50 Mk.,
Navy Cut	1/10 Pfd. 1,00 Mk.

sind die führenden Marken des
Feinschnittmarktes.

• In allen Geschäften erhältlich. •

Carl & Wih. Carstanjen,
Duisburg. Gegr. 1794.

General-Vertretung: **W. Lock,**
Mülheim-Ruhr, Eppinshoferstr. 92.

Bocholter Dampf- Waschanstalt l. 559. Südwall 26.	Flasche mitfr.) Droq. W.
Ihr Bruch	Rühen- Einrichtung Glaschrank (1,70 m × 65 cm) und Tisch preiswerth zu verkauf Näheres in d. Ge. schäftsstelle
wird immer größer, Sie das lästige und unbequeme ruckband oder ein Gummiband Beim Tragen eines schlecht sitzenden verschlimmert sich das Leiden und zur Todesursache werden. (Es ent- bruch-einklemmung, welche operiert muß und oft den Tod zur Folge Warten Sie deshalb nicht bis es ist und tragen Sie meine Spezial- e. Garantie für tadellos passen- derst bequemen Sitz auch in schwersten Kostentlo Sprechstunden für alle und Vorkast-Leiden in Bocholt 3. Juli, o 8-1 Uhr Hotel Logemann.	Gebrauchte Dürstopp- Nähmaschine sehr gut erhalten bil- lig abgegeben. Näh- sofel betriebs- Rhebe.
ing, Spezial-Pandant für Unter- brücke, Köln, Donnerstags 249.	Ein schwerer Ballach 5 Jahre alt, f. Karre und Holzwagen ge- eignet zu verkaufen. Näh. A. Wirtz, Rhebe.

B herge
extra
bauer,
straße
in den
schäfte

und Paul
Busflus
wers in Liebern
treten 1/4 vor
an der Tofels-
an. Taffen u.
vorrat mit-
en.

Der Bräjes.

Pfg.
t 1 Flasche
ier
ellt aus Bier-
von Otto G.
Stettin, Allee-
61. Zu haben
meisten Ge-



**Ziegenzuchtverein
Bocholt.**

Montag, den 29. 6.
(Peter und Paul) im
Arbeitsverein St.
Paulus morgens von
10—12 letzter

Empfangstag.

Gleichzeitig werden
Anmeldungen z. Be-
zuge v. Heugras unt.
Vorlegung d. quintier-
te Mitgliedsarte ent-
gegen genommen.

Der Vorstand

Musikfeste
in
Winterswijk
(Holland).

**Extrazug-
verbindung**

am 27. und 28. Juni
ab Winterswijk 11,18
abends nach Borken im
Anschluss an den Zug
ab Borken 11.45 nach
Bocholt (deutsche Zeit)

Sonntag auch **Auto-
verbindung** ab
Kreuzkapelle bis nach
Schloß ... Feste

Kreisblatt
Rhed

Ein

w. Bes
deutsche
terkonse
lung. Die
geringst
standen wen
satorisch
regierung u
gehend mit
tu Berli
den, wird d
der Botscha
Luftfahrzeu
fahrweise
Beschränkun
1922 die n
fahrzeuge zu
Luftfahrt be
Zahl der
teile fest
w. Bes
konferenz, in
sager gefor
am Dienstag
weiterung d
berung zu e
führer, so
liert, son

Re
w. Sond
neue Luft
nach Königs
singfors, Sm
Reisebauer u
harnis im W
gen bedeutet.

Wissenschaft
zu Berlin
Sven Hed
einem Zeppe
biete Inn
das der Plan
bereits Ber
frülpft. Es
benor das Un
auch gewisse
dem Bau von
Dr. Sven Hed
weitere F
werden sollt
sicht Manjens
Nien dem Un
und Regen zu
Sebin, die
dem Flüge se
des Luftsch

Der
tu. Mainz
folgend traf
nahme an dem
taufendseier sta
bahnhofs von
Im Kreisamt
dort machte au
Besuch bei ihn
widert wurde.
Akademie.
statt. Nach ein
und nach Heit
rats Professor
der Stadt Ma
Lande Hessen i
Grüße des Her
und die aufzich
führte der Reie
Es gibt mi
inmitten der
an der Feier te
überhaupt nicht
denn hier in
Amtsvorgänger
Reiches, und e
Zeiten hindurch
wird: Das D